



Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Präsidenten des
Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn Hendrik Hering
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/5716
VORLAGE

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-3595
Poststelle@mdi.rlp.de
www.mdi.rlp.de

M. April 2024

Mein Aktenzeichen Ihr Schreiben vom Ansprechpartner/-in / E-Mail
0641-002#2024/001- -/-
0301 344
Bitte immer angeben!

Max Gielowski
max.gielowski@mdi.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-3210
06131 16-17-3210

Sitzung des Innenausschusses am 4. April 2024
TOP 7: Verkehrssicherheit in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 GOLT
- Vorlage 18/5544 -

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

in der Sitzung des Innenausschusses am 4. April 2024 wurde zu TOP 7 „Verkehrssicherheit in Rheinland-Pfalz“ schriftliche Berichterstattung vereinbart. Ich bitte Sie, den nachfolgenden Bericht den Mitgliedern des Innenausschusses zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen


Michael Ebling

Anlage



Sitzung des Innenausschusses am 4. April 2024
TOP 7: Verkehrssicherheit in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 GOLT
- Vorlage 18/5544 -

Wie in jedem Jahr fand auch am vergangenen Osterwochenende der sogenannte „Carfriday“ - der bundesweit organisierte Kontrolltag des illegalen Tunings (Raser- und Poser) - statt. Länderübergreifende Kooperationen und Kontrollaktionen wie dieser sind in der gesamten Verkehrssicherheitsarbeit von besonderer Bedeutung, da durch eine großflächige Umsetzung und mediale Berichterstattung eine große Reichweite für die besonderen Gefahren des Straßenverkehrs generiert wird. Daher beteiligt sich Rheinland-Pfalz auch regelmäßig an weiteren Kontrollaktionen des Netzwerkes europäischer Polizeien (ROADPOL e.V.), so z.B. am jährlichen bundesweiten Aktionstag „sicher.mobil.leben“ und an der bundesweiten Kampagne #mehrAchtung. Denn Verkehrssicherheit ist ein wesentliches Gut und Teil der Inneren Sicherheit. Die Landesregierung hat sich dem Ziel der „Vision Zero“ verpflichtet, wonach bis zum Jahr 2050 kein Mensch mehr durch einen Verkehrsunfall sein Leben verlieren soll. Um dieses Ziel zu erreichen, orientiert sich die polizeiliche Verkehrssicherheitsarbeit insbesondere an den Erkenntnissen der Verkehrsunfallauswertung und die jährliche Unfallbilanz ist dabei von zentraler Bedeutung.

In Rheinland-Pfalz ereigneten sich im Jahr 2023 täglich im Durchschnitt 386 Verkehrsunfälle, die von der Polizei bearbeitet wurden. In gut 90 Prozent der Fälle handelte es sich um Unfälle mit Sachschäden und glücklicherweise nicht um Unfälle, bei denen Personen zu Schaden kamen. Die meisten Unfälle ereignen sich dabei innerhalb geschlossener Ortschaften. Da außerhalb und auf der Autobahn höhere Geschwindigkeiten gefahren werden, gehen damit regelmäßig schwerwiegendere Unfallfolgen einher. So passierten beispielsweise 102 von insgesamt 129 tödlichen Unfällen außerhalb geschlossener Ortschaften. Insbesondere auf Autobahnen haben wir mit dem Einsatz der semimobilen Messanlagen, den sogenannten Trailern, die Geschwindigkeitsüberwachung daher intensiviert, die durch mobile und stationäre Überwachungskomponenten und die Abstandsüberwachung ergänzt wird. Eine



intensive Überwachung ist der richtige Weg und muss nachhaltig fortgesetzt werden, um insbesondere die Geschwindigkeitsüberschreitung als eine der Hauptunfallursachen zu bekämpfen. Das gilt nicht nur für die Autobahnen, sondern für das gesamte Straßennetz.

Bei der Langzeitentwicklung der im Straßenverkehr Getöteten ist mit 134 Menschen ein historischer Tiefstand erreicht (mit Ausnahme der beiden Corona-Jahre). Leider haben – wie im Vorjahr 2022 – drei Kinder durch einen Verkehrsunfall auf tragische Weise ihr Leben verloren. Das sind drei zu viel. Die Polizei führt gemeinsam mit Kooperationspartnern verschiedene Maßnahmen fort, um Kinder im Straßenverkehr zu schützen und die Verkehrssicherheit zu verbessern.

Die Entwicklung der Verkehrsunfälle unter Beteiligung der Jungen Fahrennden sowie die Entwicklung im Bereich der Verunglückten innerhalb dieser Altersgruppe ist im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen. Die Risikogruppe der jungen Fahrerinnen und Fahrer ist an knapp 20 Prozent aller Verkehrsunfälle beteiligt. In etwa 68 Prozent haben die Jungen Fahrennden den Unfall selbst verursacht. Um die jungen Menschen mit unseren Präventionsbotschaften zu erreichen, setzen wir verstärkt auf die sozialen Medien. Die Polizei ist dabei inzwischen auch auf TikTok aktiv. Aber: Junge Fahrennde können selbst auch einen Beitrag zur Erhöhung ihrer Fahrpraxis leisten, z.B. durch Fahrsicherheitstrainings.

Bedingt durch den demografischen Wandel nehmen immer mehr Menschen ab 65 Jahren am Straßenverkehr teil. Nach den Jahren der Corona-Pandemie ist die Anzahl der Verkehrsunfälle, bei denen Seniorinnen und Senioren beteiligt sind, kontinuierlich angestiegen. Dementsprechend stieg die Zahl der tödlich Verletzten von 40 auf 50 an. Ca. 65 Prozent der Verkehrsunfälle mit Personenschäden unter Beteiligung von Seniorinnen und Senioren wurden von dieser Altersgruppe selbst verursacht. Bei den Präventionsmaßnahmen für diese Zielgruppe wollen wir insbesondere die Selbstverantwortung stärken. Es geht nicht darum, verpflichtende Maßnahmen, wie beispielsweise eine Fahreignungsprüfung zu fordern.



Jedes Jahr sind zahlreiche (schwere) Verkehrsunfälle unter Beteiligung des Schwerlastverkehrs zu verzeichnen. Ich möchte daher noch auf ein ganz neues Projekt eingehen: DSRC – Dedicated Short Range Communication. Ziel ist die Auslese digitaler Fahrtenschreiber von vorbeifahrenden Lastkraftwagen. An knapp 11 Prozent aller Verkehrsunfälle in Rheinland-Pfalz waren Lastkraftwagen beteiligt (15.277). Es verunglückten dabei 1.491 Personen. Gründe hierfür sind oftmals die Fahruntüchtigkeit der Fahrerinnen und Fahrer (unter anderem Übermüdung durch Nichteinhaltung der Lenk- und Ruhezeiten), als auch technische Mängel von Fahrzeugen. Daher kommt der spezialisierten Verkehrsüberwachung eine besondere Bedeutung zu. Hierbei ist es sehr wichtig, durch spezifische Kontrollen und dem Einsatz der richtigen Technik solche Mängel festzustellen und betroffene Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführer bzw. Fahrzeuge gezielt aus dem Verkehr zu ziehen, bevor es zu einem womöglich verheerenden Verkehrsunfall kommt. (Tragbare) Detektionstechnik zur Fernauslese von Tachographen (also das hier genannte DSRC) ist eine geeignete Technik in diesem Sinne. So können eventuelle Verstöße vorab verifiziert und das Fahrzeug zur weiteren eingehenderen Kontrolle angehalten werden. Die Polizei Rheinland-Pfalz hat DSRC bereits erfolgreich bei den Zentralen Verkehrsdiensten getestet.

Die Landesregierung und die Polizei Rheinland-Pfalz setzen alles daran, einen wirksamen Beitrag zu leisten, um die Zahl der Verkehrstoten und Verletzten weiter zu senken. Die Polizei Rheinland-Pfalz hat ihre intensiven Maßnahmen entsprechend fortgeführt, das belegen die Zahlen: Im Jahr 2023 wurden insgesamt nahezu drei Millionen Maßnahmen in der polizeilichen Verkehrsüberwachung geleistet!

Grundlage einer effektiven Verkehrssicherheitsarbeit ist zudem eine moderne technische Ausstattung. Seit Juli 2023 wird im Rahmen eines Piloten im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Koblenz ein speziell geschultes Unfallaufnahmeteam zur Aufnahme tödlicher und besonders schwerer Verkehrsunfälle eingesetzt. Denn auch vor dem Hintergrund der hohen Entwicklungsdynamik im Bereich der Automobilindustrie, der damit einhergehenden Digitalisierung und der Mengen an vorhanden Daten in verunfallten Fahrzeugen, muss die Polizei weiterhin in der Lage sein, Verkehrsunfälle professionell aufzunehmen und alle (auch digitale)



Unfallspuren zu sichern. Über die besondere Ausstattung und Möglichkeiten dieser Teams wurde bereits in der Ausschusssitzung vergangenen September berichtet - auf die dortigen Ausführungen wird verwiesen.

Auch die erprobte Technik zur automatisierten Überwachung von Ablenkungsverstößen im Straßenverkehr, die sogenannte MonoCam, ist geeignet, die Verkehrssicherheit auf rheinland-pfälzischen Straßen weiter zu erhöhen. Daher soll mit der kommenden Änderung des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes eine Rechtsgrundlage für den weiteren Einsatz geschaffen werden.

Selbstverständlich wird die Polizei Rheinland-Pfalz auch in diesem Jahr ihre zahlreichen Präventions- und Kontrollmaßnahmen fortführen. Damit wird ein wesentlichen Beitrag zur Verkehrssicherheit für die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer geleistet.